

Neueste Nachrichten

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Montagmorgen nachmittags. Der monatliche Subskriptionspreis beträgt 3,00 Reichsmark. Einzelhefte kosten 10 Pfennige. Der Jahressubskriptionspreis beträgt 30,00 Reichsmark. Die Post- und Fernsprechnummern sind: Halle, Postfach 210. Fernsprechnummer 21. Druck- und Verlagsanstalt: „Halle'sche Zeitung“, Halle. Druck- und Verlagsanstalt: Halle. Druck- und Verlagsanstalt: Halle.

Neues in Kürze.

Traktierungen und Radiotelegramme.

Das Reichsarbeitsministerium hat mit der Vorbereitung der Gesetzentwürfe über den Wohnungsbau und die Erhaltung der Wohnungen begonnen. Besprechungen mit den Interessentenverbänden finden erst im August statt.

Die deutsche Delegation für den Handelsvertrag mit Polen hat beschlossen, an den von dem Polen abgeleiteten sofortigen Beginn der Verhandlungen über das Niederlassungsrecht festzuhalten. Abgehören hiervon bestehen aus stehende Differenzen über die Tariffrage für Holz und Kohlen.

Das gestern gemeldete Verbot der Organisationen Olympia und Wiking gilt nicht für das ganze Reich, sondern das Reichsministerium des Innern hat lediglich das Verbot der beiden Bünde für Preußen auf preussischen Antrag bestätigt. — Gerade in dem Preußen der Herren Braun und Seevering, da rede nach einer von Parteipolitik!

Der russische Propagandistim „Panzerkreuzer Potemkin“, der zunächst genehmigt, dann verboten war, ist nach Streichung der beanstandeten Stellen nunmehr erneut, und zwar ausdrücklich auch für Jugendliche, freigegeben. — So richtig ein Musterbeispiel heutiger Politik!

Die Mosauer „Pravda“ und die „Ismestija“ melden, daß der Mosauer Universitätsrat für die bolschewistische Propaganda in Deutschland und Polen eingerichtet wurden. 200 deutsche und polnische Studenten werden vom 1. August an an der teilnehmen. Die „Pravda“ schreibt, der Herbst müsse einen neuen Entschheidungskampf bringen.

Die offizielle russische „Pravda“ schreibt, daß die Verhandlungen mit Deutschland über die gegenseitige Begnadigung von politischen Verurteilten an einen kritischen Punkt gelangt seien. Rußland habe schon die Forderung nach Begnadigung des deutschen Kommunistenführers Holz zurückgestellt, aber es könne die weiteren deutschen Ansprüche, auch die des Hochperrats gegen den Sowjetstaat so gut wie überflüssig deutschen Konsuln in Freiheit zu lassen, nicht akzeptieren. Die Verhandlungen erfolgen äußerst gefährt.

In Moskau sind fünf rumänische Spione erschossen worden, bei denen Kufnahmen und Stützen gefunden wurden über Lage der Roten Armee. Sie wurden bei dem Versuche, die russische Grenze zu überschreiten, verhaftet. Das Landeskommissariat hat durch den russischen Generalstab in Wien eine Proletkate an die rumänische Regierung geschickt.

Die deutschen Wirtschaftsorganisationen in der Tschechoslowakei haben sich in einer Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftlichen Verbände zusammengeschlossen. Dieser Arbeitsgemeinschaft gehören Vertreter der Industrie, des Großhandels, der Kaufmannschaft, der Land- und Forstwirtschaft, der deutschen Gewerbe- und der deutschen Hausbesitzervereine an.

Ein Ausschuss des Wiener Nationalrates hat den Beschluß gefaßt, daß vom 1. Januar 1927 ab Stellungen bei Wittensgesellschaften, die handwärtige Geschäfte betreiben, mit dem Ratrat eines Mitgliedes des Nationalrates vereinbart sind.

Der belgische Senat hat das Washingtoner Abkommen über den Nichtbenutzen mit 103 gegen 16 Stimmen bei 41 Stimmentzählungen ratifiziert. — Der gemischte Ausschuss der belgischen Eisenbahnenverwaltung hat eine Erhöhung der Löhne um 10 Proz. ab 1. August beschlossen. (Der Anstieg des belgischen Franken ist damit keineswegs ausgeglichen.)

In Luxemburg haben ein holländischer Tourist und ein Luxemburger bei einem öffentlichen Platzkonzert beim Spielen der französischen Nationalhymne sitzen und wurden dafür von französischen Freunden Luxemburgs verprügelt. Der Locarnogebot scheint sich demnach sogar bei den französischen Neutralen in Angriffsgeiß umgewandelt zu haben.

Trotz offiziellen französischer Dementsis erhält sich die Nachricht, daß die Franzosen bei Damaskus in eines Hinterfall gerieten und die schwere Kriegsriege des ganzen Orientkrieges mit 1800 Toten erlitten.

Die Kaiser „Nationalzeitung“ bringt Meldungen aus der Türkei von jungtürkischen gegen Mustafa Kemal Pascha gerichteten Aufständen.

Der Kulturkampf in Mexiko.

Aus Mexiko wird gemeldet: In den katolischen Kirchen im ganzen Lande ist eine lebhafteste Bewegung im Gange mit Rücksicht darauf, daß die biblische Form des Gottesdienstes am Sonntag ihre Gabe findet. Messen werden alle halbe Stunden vor großen Mengen Knöcheliger gefeiert, und Tausende von Kindern werden getauft. Dies wird wahrscheinlich bis Sonnenabmitternacht andauern, wo die neuen Gebetsbestimmungen in Kraft treten.

Ferner wird gemeldet: Die durch die am 1. August in Kraft tretenden neuen kirchengehele hervorgerufene Gärung nimmt täglich zu. Angehörige der angeführten Schließung der Kirchen sind heute von Schlägen überfüllt. Die Zahl der in den letzten Tagen vorgenommenen Firmungen wird auf mehr als 90 000 geschätzt, man nimmt an, daß bis Ende der Woche 100 000 über-

schritten haben wird. Als gestern der Erzbischof von Mexiko die Firmung von 3000 Kindern vornahm, brach er vor Schwäche zusammen. Die Gläubigen werden erlucht, die Kirche zu unterstützen.

Die Regierung hat den Priestern unterlag, die Kirchen für die Zeit vom 1. August ab, während der die Gottesdienste eingestellt werden, katolischen Laien anzuvertrauen, und angeordnet, daß die Kirchen Personen in Obhut gegeben werden, die von den Bürgermeistern ernannt werden sollen.

Nach einer Renourter Meldung sind 40 bis 50 Mitglieder der Liga für die Verteidigung religiöser Freiheit in Mexiko verhaftet worden. Die Verhaftungen dauern an. Der Erzbischof von Mexiko ist infolge eines Herzversagens schwer erkrankt.

Der Sieger Poincare.

Der holländische „Courant“ meldet aus Paris: Bei der Kammerabstimmung die Poincaré den großen Sieg von 338 Stimmen gegen 131 Stimmen brachte, enthielten sich ein großer Teil der Sozialisten der Stimmabgabe, um nicht gegen Poincaré zu stimmen. 35 Abgeordnete der Partei verließen vorher den Saal. Poincaré war auf der Fahrt zum Palais Bourbon wieder Gegenstand übermäßiger Huldigungen der Menschenmassen. Die Demonstration der Sozialisten während der Kammeröffnung richtete sich nicht gegen Poincaré, wie sonst gebräuchliche Schreiber der Demonstrationen deutlich bezeugen.

Verbot kommunistischer Arbeitstätte.

Der „Tag“ meldet aus Paris: Die Angriffe der kommunistischen Opposition in der Kammer waren durch das Poincarésche Verbot der Bildung kommunistischer Arbeitstätte in den Pariser Fabriken veranlaßt worden. Die über die kommunistischen Vorkommnisse empörten Tribünenbesitzer stützten sich nach Kammeröffnung auf die anwesenden Kommunisten. Der Kommunist Jean erhielt einen Faustschlag, der Kommunist Gachin fuhrte. Die Kammerdeputierte verübte große Ausstellungen und würgte die wütenden Tribünenbesitzer aus dem Hause.

„Deutschfreundlichkeiten“.

Ein Saarländer, Dr. Widt, geriet auf einer Tagung rheinisch-westfälischer Buchhändler am Epicherberg mit französischen Gendarmen zusammen und erhielt die ungläubliche Strafe von zwanzig Tagen Gefängnis.

Das französische Volksgesetz in Düren (Rheinland) verurteilte mehrere Vereinsvorsitzende wegen Mißhaltens von Trommlern und Pfeifern bei Umzügen, darunter den Vorsitzenden Buerer, zu 100 Mark und den Kommunistenführer Kleber, der trotz des abnehmenden Beschäftigtes des Plakatommandanten beim roten Frontkampftag Trommler und Pfeifer im Umzuge mitführte, zu 50 Mark Geldstrafe. Weitere Angeklagte erhielten Strafen von 25, 50 bzw. 75 Mark.

In Elbsh-Lothringen wüßte die Erregung der Bevölkerung über die französischen Maßnahmen gegen die Autonomiebewegung. Poincaré hat sich persönlich die Bearbeitung der elbsh-Lothringischen Angelegenheiten durch Kabinetsbeschlüsse übertragen lassen, so daß mit klarsten Zwangsmahnahmen zu rechnen ist. Der Sultan von Marokko wurde auf seiner Rundreise durch Frankreich auch in Strasbourg von den Franzosen festlich begrüßt, auf ausdrückliche Weisung des Pariser Auswärtigen Amtes wurden ihm die früheren Gemächer Wilhelms II. eingeräumt, er wohnte dort mit seinen Getreuen, 2 Negerninnen und 3 Eunuchen. — Die linksgerichtete Stadtverwaltung der großen französischen Seidenindustrielei von Lyon hat einen Empfang des Sultans abgelehnt.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ bekräftigt die französischen Strafmaßnahmen gegen die Autonomisten in Elbsh-Lothringen und bezeichnet es in diesem Zusammenhang als Irrtum und Selbsttäuschung, wenn man in Paris deutsche Propaganda für die Autonomiebewegung veranwortlich mache. Sie bezeichnet weiter das nicht mehr zu bestreitende völlige Verlangen der französischen Verwaltung in Elbsh-Lothringen als die wirkliche Propaganda für die Autonomiebewegung. Die heutige Bewegung der Heimatrechtler ist spontan herausgewachsen als eine Reaktion gegen eine Sprachpolitik, die die natürlichen und primitiven Gefühle der Bevölkerung verletzt hätte. Mit Sanktionen und Disziplinarstrafen sei die Bewegung nicht mehr zu erlösen.

Vor Schwierigkeiten in Genf.

Der holländische „Courant“ meldet aus London: Bei Lloyd webete man ein Dienstag vor den Schwierigkeiten in Genf gegen den beabsichtigten Austritt Spaniens aus dem Völkerverbund 7 gegen 1.

Wir wiesen schon gestern auf die auffallende Laufsache hin, daß in Poincarés Regierungserklärung kein Wort über Locarno und Genf gefaßt ist. Dazu finden wir im „Pariser Matin“ jetzt folgende Meldung, die beweist, daß man auch in Frankreich darüber beunruhigt ist und die diese Unruhe mit einer recht wenig überzeugenden Erklärung zu zerstreuen sucht.

Der „Matin“ meldet: In der Kammerrede Poincarés ist jedes Zeichen einer außerparlamentarischen Richtlinie des Kabinetts Poincaré aufgefassen. Berichte mollen von Differenzen Poincarés mit Briand über die Auslegung des Locarnoertrages wüßen. Richtig ist nur, daß das Kabinett, das ausschließlich zur Rettung des Fronten konstituiert wurde, einstimmig beschlossen hat, die Innen- und Außenpolitik, soweit sie nicht die Finanzlage berührt, bis auf Weiteres außerhalb des Kreises der nächsten Aufgaben zu lassen.

Diese „Richtigstellung“ ist nicht gerade sehr überzeugend. Sie geminnt auch nicht an Kraft durch die folgende Mitteilung des „Pariser Temps“:

„Briand hat von Poincaré die Zustimmung erhalten, daß die Stellungnahme Frankreichs auf der Völkerverbundtagung im Herbst keine Korrektur erfahren soll. Wenn entgegen aller Voraussicht und gegen jede Erwartung im September in Genf wegen Spaniens und Polens Rückschlüsse eingebracht werden, so werde Frankreich nicht verantwortlich sein.“

Das ist eine höchst diplomatische Ausdrucksweise, die in die Sprache des Alltags übertragen, schmerzlich etwas anderes heißt als: „Alle Voraussicht nach wird mit Deutschland dank der Unterfertigung, die wir den Ansprüchen Spaniens insgesamit angebeihen lassen, eine neue Völkerverbundstrafe im Herbst entstehen, wir dürfen uns nur nicht merken lassen, daß Frankreich dafür verantwortlich ist.“

Die obigen Londoner Worten sind weniger diplomatisch und zeigen, wie die Sache in Wirklichkeit steht.

Offiziatisches.

Die Londoner „Times“ meldet, der chinesische Marschall Tschangschin habe sich mit den Buren von ihm kämpfenden „antimonarchischen“ (sozialistischen) Truppen gegen seinen bisherigen Verbündeten (und alten Feind) Marschall Wupueji vereinigt. Wupuejis Lage ist verzweifelt.

Die Agentur Indo-Pacifique meldet aus Tokio: Die von unterrichteter Seite veranlaßt, soll einer Vertiefung der allgemeinen guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern dienen. — Den Australiern, die in fester und begründeter Angst vor einer japanischen Invasion schweben, wird bei dem „unpolitischen“ Beisatz wenig behaglich sein.

Bezahlen ist unmodern!

Ein englisch-französisches Komplott.

Wenn in England und Frankreich eine Arbeiterregierung am Ruder wäre und zwar ganz erst und auf die Dauer, dann könnten wir leicht unbefragt sein. Aber einmischen berührt diesfalls und lenkt den Kanals die Rechte, und deshalb ist die Sache sehr bedenklich. Welche Sache? Nun, sehr einfach: das neueste englisch-französisches Komplott.

Man hat zwar bei uns in Deutschland bis auf die letzten Tage noch gar nicht so recht etwas davon gehört. Dabei spielt die Sache schon seit rund anderthalb Jahren. Demals, als nämlich der jeherman verblühende Gedanke eines Sicherheitspaktes zwischen England, Deutschland und Frankreich aufkam, wurde an dieser Stelle bereits darauf aufmerksam gemacht, daß dieser europäische Bund eine Gefahr für Amerika bedeute. Und es wurde unter Hinweis darauf, daß wir glücklicherweise als Bestatter in Amerika das beste Herd aus unsem Diplomatenfall, den Freiern von Wallen haben, der Gedanke angebeutet, ob wir nicht viel besser täten, statt mit unsem europäisches Kontinenten und „eifrigen“ (?) Feinden, mit Amerika zu gehen. Aber solche Gedanken waren in Berlin unmodern — und sind es wohl auch noch heute.

Inzwischen ist der Konflikt mit Amerika da.

In England läuft die konservative „Daily Mail“ der konservative Finanzminister Churchill und die ganze Arbeiterpartei Sturm gegen Amerika, weil es Zahlung der Kriegsschulden von England, und zwar in der für das reiche England noch wohl erträglichen Höhe von rund 740 Millionen Mark im Jahre verlangte. Nach Frankreich prägibt die Amerikaner, weil es 100 Millionen Goldmark im Jahr zahlen soll, und hat seit hinter England (an das es nicht einmal die tauzrigen 80 Millionen des neuesten Callaghan-abkommens zahlen will), damit es gemeinsam mit Frankreich die Zahlungen an Amerika verweigert und dann aus dem Franzosen das Jähren erläßt.

Den Amerikanern ist dies höchlich ungemütlich, denn erstens ist es der reine außerparlamentarische Bolschewismus Englands und Frankreichs, die Verpflichtung zur Zahlung liegt zu verweigern, nachdem sie damals im Kriege, als sie das Geld brauchten, sehr froh waren, es geborgt zu erhalten und keine Rede davon war, daß es sie Gehalt sein sollte. Das jetzige bodenmoralische Getue der beiden Schuldner, sie hätten für die gemeinsame Sache ihr Blut und die Amerikaner, nur das Geld gegeben. Blut ist mehr als Geld, also schuldieren höchstens die Vereinigten Staaten den übrigen Allierten, aber nicht umgekehrt: das ist natürlich alles sauber sauber und echt englisch-amerikanischer Carl. Sie hätten bei den Amerikanern damals nur gleich sagen sollen: nicht einen Cent hätten sie bekommen und den Krieg hätten sie verloren, das es nur so frockte. Demals müßten sie, das amerikanische Geld und die amerikanischen Kriegsgelieferungen, die sie dafür bekamen, waren die einzige Rettung vor gänzlich Untergang, und sie müssen auch heute noch sagen, daß sie die Rettung mit Rückzahlung der Gelder posthümlich erkaufen haben würden. Aber die Herrschaften machen es genau so wie die Russen: Sie erkennen die Schuld nicht an. Den Russen dagegen, die immerhin den Vornam haben: „Wir sind nicht Rechtsnachfolger der Jaretreuegerichte“, nehmen sie das bitter abel und hoffen ihnen an alle nur mögliche Teile die Schuldentilgung noch abzuminnen. Sie stellen aber sind in diesem Punkte Dertommunisten und verleugnen die Verbindlichkeit der Abkommen mit Amerika selbst ohne den Revolutionswornam.

„Ausgesprochen für uns“, hütete ich da eine unterer ganz jählichen Linksopportunisten zufer „menn die Allierten nicht an Amerika zahlen brauchen, auch wir die Damageszahlungen nicht zu leisten.“ Der Mann hat die gewöhnliche außerparlamentarische Treubrereigkeit und Abnungslosigkeit unierer Linksopportunisten. Denn das ist ja der Teil der der Sache: England und Frankreich, möglichst auch Italien wollen ihre Zinsen nicht an Amerika zahlen; aber Deutschland soll sich verantwortlich machen und die Zinsen zahlen. Denn wenn wir uns nicht verpflichten, dann haben wir auch noch keinen und mit Reparationsleistungen überbietet, damit wir nicht wieder bekommen, nicht wieder die gefährlichen Konkurrenten der Westkrieges werden. Selbst dem Bundesgenosse Rußland, das die weitaus meisten Blatopfer „für die gemeinsame Sache“ gebracht hat, es lassen sie ja die Schuld nicht. Wasjein wenig an Verben! 25 Milliarden im Jahre von Deutschland erhalten und jeder nichts an Amerika zahlen: das gibt ja kein Zwanzigsten der

